

Dringliche Anfrage

Fraktion der SPD

Hannover, den 12.10.2015

Mehr Geld für den Nahverkehr - gute Planungsgrundlage für Niedersachsen

Der Bund und die Länder haben sich am 24. September nicht nur zu Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik geeinigt, sondern auch zur Zukunft der Nahverkehrsfinanzierung.

Die Regionalisierungsmittel werden ab dem Jahr 2016 auf 8 Milliarden Euro erhöht und in den Folgejahren jährlich mit einer Rate von 1,8 % dynamisiert.

Gleichzeitig haben Bund und Länder vereinbart, die Mittel des sogenannten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes im Rahmen der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ungekürzt über 2019 hinaus fortzuführen.

Die Regionalisierungsmittel werden entsprechend dem Vorschlag der Länder zeitlich verlängert und nach ihrem Vorschlag (Kieler Schlüssel) auf die Länder verteilt.

Gleichzeitig werden Bund und Länder die Dynamik des Anstiegs der Trassenpreise begrenzen.

Damit haben Bund und Länder langfristige Finanzierungslösungen für den Nahverkehr in Deutschland gefunden.

Die Aufstockung der Regionalisierungsmittel gibt den Verkehrsverbänden, Verkehrsunternehmen und den Aufgabenträgern finanzielle Planungssicherheit bis ins nächste Jahrzehnt. Damit ist eine wichtige Grundlage für eine mögliche Weiterentwicklung des regionalen Eisenbahnverkehrs und des allgemeinen ÖPNV gegeben.

In den weiteren Verhandlungen zum Bund-Länder-Finanzausgleich sollen nach Angaben beteiligter Bundesländer die Entflechtungsmittel bedarfsgerecht erhöht werden und über 2019 zweckgebunden weiterlaufen, um den Sanierungsstau bei den kommunalen ÖPNV-Strukturen aufzulösen.

1. Wie bewertet die Landesregierung diese kürzlich erfolgte Einigung, und welche zusätzlichen Möglichkeiten sieht sie für die Fortentwicklung einer nachhaltigen Mobilitätspolitik für Niedersachsen?
2. Wie können mögliche Abschöpfungseffekte durch ausufernde Trassengebühren gemeinsam mit dem Bund verhindert werden?
3. Welchen Stellenwert haben aus Sicht der Landesregierung die Entflechtungsmittel des Bundes für die zukünftige Verkehrspolitik des Landes?

Johanne Modder
Fraktionsvorsitzende

(Ausgegeben am 12.10.2015)